

A. Bekanntmachungen des Landkreises Leer	Seite
---	--------------

■ **Amt III/68**

Feststellung gem. § 5 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	43
---	----

B. Bekanntmachungen der Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Verbände	Seite
--	--------------

■ **Stadt Leer (Ostfriesland)**

Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Leer (Ostfriesland)	43 – 50
---	---------

■ **Gemeinde Bunde**

1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 04.04 „Ditzumerverlaat“ Teilplan A mit örtlichen Bauvorschriften, Ortschaft Dollart	50 – 51
--	---------

2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 04.04 „Ditzumerverlaat“ Teilplan A mit örtlichen Bauvorschriften, Ortschaft Dollart	51 – 52
--	---------

■ **Gemeinde Filsum**

Satzung zur 10. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Kindertagesstätte der Gemeinde Filsum	52
---	----

■ **Samtgemeinde Hesel**

Bekanntmachung des Jahresabschlusses 2016 der Samtgemeinde Hesel	52 – 53
--	---------

Bekanntmachung des Jahresabschlusses 2017 der Samtgemeinde Hesel	53
--	----

Satzung zur 4. Änderung der Satzung der Samtgemeinde Hesel über die Gebühren für die Benutzung der Notunterkünfte (Notunterkunftsgebührensatzung)	53
---	----

C. Sonstiges	Seite
---------------------	--------------

■ **Touristik GmbH „Südliches Ostfriesland“**

Bestätigungsvermerk der KOMMUNA TREUHAND GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Jahresabschluss 2019 der Touristik GmbH „Südliches Ostfriesland“	53 – 54
--	---------

spätestens jedoch mit Vollendung des 18. Lebensjahres.

- (4) Der Austritt aus der Freiwilligen Feuerwehr kann zu jedem Vierteljahresende erfolgen; der Austritt ist gegenüber der Ortsfeuerwehr spätestens einen Monat vor dem Vierteljahresende schriftlich zu erklären.
- (5) ¹Angehörige der Einsatzabteilung sind zu entlassen, wenn sie sich in der Probezeit nicht bewähren oder gesundheitlich nicht mehr geeignet sind. ²Sie können in eine andere Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr übernommen werden, wenn sie die Voraussetzungen für eine Zugehörigkeit zu dieser Abteilung erfüllen.
- (6) ¹Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr können aus der Freiwilligen Feuerwehr ausgeschlossen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. ²Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn ein Mitglied
1. wiederholt seine Pflicht zur Teilnahme am Einsatz- und Ausbildungsdienst verletzt,
 2. wiederholt fachliche Weisungen der Vorgesetzten nicht befolgt,
 3. die Gemeinschaft innerhalb der Feuerwehr durch sein Verhalten erheblich stört,
 4. das Ansehen der Feuerwehr geschädigt hat,
 5. rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt worden ist,
 6. innerhalb oder außerhalb der Freiwilligen Feuerwehr durch Äußerungen oder tatsächliche Handlungen zu erkennen gibt, dass er die freiheitlich demokratische Grundordnung nicht anerkennt.
- (7) ¹Über die Einleitung eines Verfahrens zum Ausschluss aus der Freiwilligen Feuerwehr beschließt das Ortskommando. ²Das Verwaltungsverfahren wird durch die Stadt geführt. ³Vor der Entscheidung über den Ausschluss aus der Freiwilligen Feuerwehr ist der Stadtbrandmeisterin oder dem Stadtbrandmeister und der oder dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ⁴Die Ausschlussverfügung wird von der Stadt erlassen.
- (8) Angehörige der Einsatzabteilung oder Mitglieder der Kinderfeuerwehr oder Jugendfeuerwehr können, wenn gegen sie ein Ausschlussverfahren eingeleitet wurde, von der Ortsbrandmeisterin oder dem Ortsbrandmeister bis zur Entscheidung über den Ausschluss vom Dienst suspendiert werden.
- (9) Das Ausscheiden einer/eines Angehörigen der Einsatzabteilung hat die Ortsfeuerwehr über die Stadtbrandmeisterin oder den Stadtbrandmeister der Stadt Leer schriftlich anzuzeigen.

- (10) ¹Im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes der Freiwilligen Feuerwehr sind innerhalb einer Woche Dienstkleidung, Dienstausweis, Ausrüstungsgegenstände und alle sonstigen zu Dienstzwecken zur Verfügung gestellten Gegenstände bei der Ortsfeuerwehr abzugeben. ²Die Ortsfeuerwehr bestätigt dem ausscheidenden Mitglied den Empfang der zurückgegebenen Gegenstände und händigt ihm eine Bescheinigung über die Dauer der Mitgliedschaft und den Dienstgrad aus.
- (11) Werden zu Dienstzwecken zur Verfügung gestellte Gegenstände gemäß Abs. 10 S. 1 von dem ausgeschiedenen Mitglied trotz schriftlicher Aufforderung nicht zurückgegeben, kann die Stadt den Ersatz des entstandenen Schadens bis zur Höhe der Wiederbeschaffungskosten verlangen.

§ 19

Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt des Landkreises Leer in Kraft.
- (2) Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Satzung für die Freiwillige Feuerwehr in der Stadt Leer vom 15.07.2020 außer Kraft.

Leer, 25.03.2021

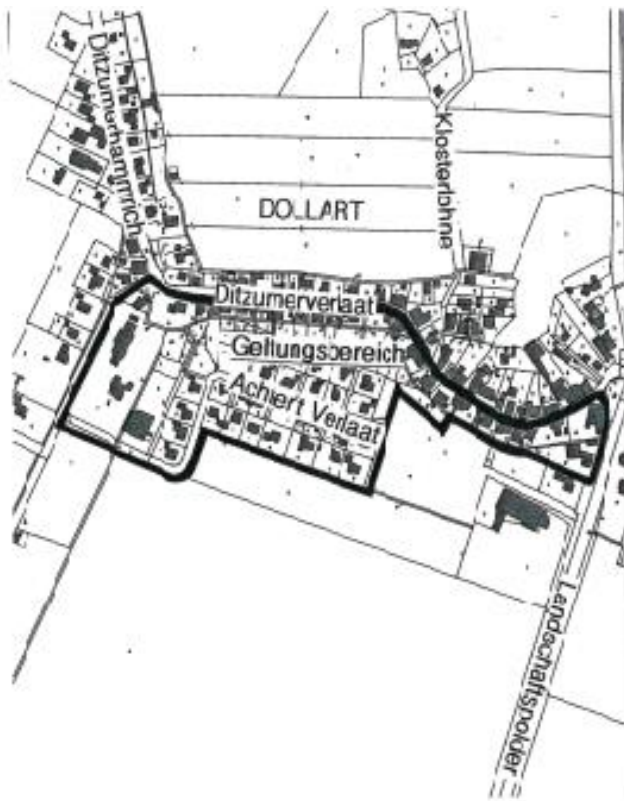
Stadt Leer (Ostfriesland)
Die Bürgermeisterin
Beatrix Kuhl

Bauleitplanung der Gemeinde Bunde

1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 04.04 „Ditzumerverlaat“ Teilplan A mit örtlichen Bauvorschriften, Ortschaft Dollart

Der Rat der Gemeinde Bunde hat die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 04.04 „Ditzumerverlaat“ Teilplan A mit örtlichen Bauvorschriften, Ortschaft Dollart, gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung und auch die Begründung aufgrund der epidemischen Lage im Umlaufverfahren nach § 182 Abs. 2 Nr. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes beschlossen. Der Bebauungsplan wurde nach § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Der Geltungsbereich der 1. Änderung ist im nachstehenden Kartenausschnitt dargestellt.



Mit dieser Bekanntmachung tritt die 1. Änderung des Bebauungsplans in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Die 1. Änderung mit Begründung wird vom Tage der Ausgabe dieses Amtsblattes an im Rathaus der Gemeinde Bunde in 26831 Bunde, Kirchring 2, Zimmer 14, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht bereitgehalten; über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Während der diesbezüglichen Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie ist die Einsichtnahme nur nach vorheriger Terminvereinbarung - telefonisch unter: 04953/80922, schriftlich oder online unter: heino.reck@gemeinde-bunde.de - und unter Beachtung der geltenden Schutzmaßnahmen möglich.

Die Unterlagen können auf Anforderung auch zugesandt werden.

Die 1. Änderung des Bebauungsplans mit Begründung wird zudem auf der Internet-Seite der Gemeinde Bunde unter „Ab dem 13.05.2017 in Kraft getretene Bauleitpläne“ veröffentlicht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans sowie nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich

gegenüber der Gemeinde Bunde, Kirchring 2, 26831 Bunde, unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch Festsetzungen eines Bebauungsplans oder seine Durchführung eintretenden Vermögensnachteile sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

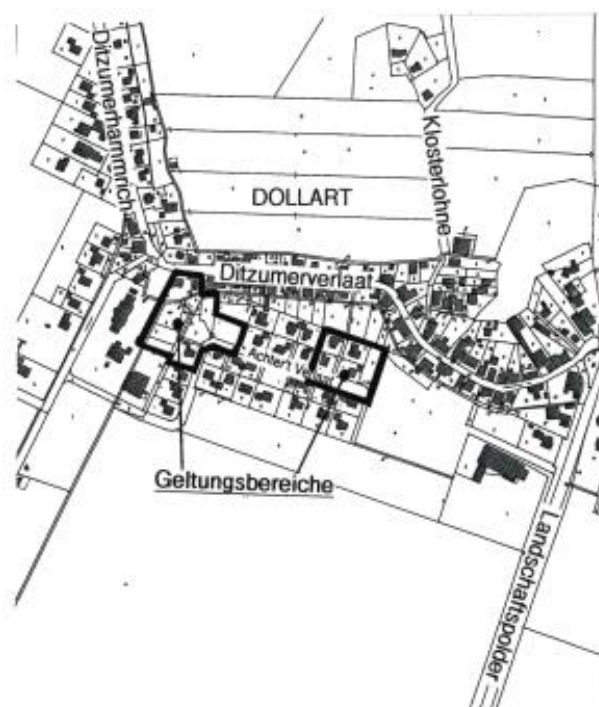
Bunde, den 29.03.2021

Gemeinde Bunde
Der Bürgermeister
Gerald Sap

**Bauleitplanung der Gemeinde Bunde
2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 04.04
„Ditzumerverlaat“ Teilplan A mit örtlichen
Bauvorschriften, Ortschaft Dollart**

Der Rat der Gemeinde Bunde hat die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 04.04 „Ditzumerverlaat“ Teilplan A mit örtlichen Bauvorschriften, Ortschaft Dollart, gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung und auch die Begründung aufgrund der epidemischen Lage im Umlaufverfahren nach § 182 Abs. 2 Nr. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes beschlossen. Der Bebauungsplan wurde nach § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Die Geltungsbereiche der 2. Änderung sind im nachstehenden Kartenausschnitt dargestellt.



Mit dieser Bekanntmachung tritt die 2. Änderung des Bebauungsplans in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB) unter gleichzeitiger Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 04.04 „Ditzumerverlaat“ Teilplan A.

Die 2. Änderung mit Begründung wird vom Tage der Ausgabe dieses Amtsblattes an im Rathaus der Gemeinde Bunde in 26831 Bunde, Kirchring 2, Zimmer 14, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht bereitgehalten; über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Während der diesbezüglichen Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie ist die Einsichtnahme nur nach vorheriger Terminvereinbarung – telefonisch unter: 04953/80922, schriftlich oder online unter: heino.reck@gemeinde-bunde.de – und unter Beachtung der geltenden Schutzmaßnahmen möglich.

Die Unterlagen können auf Anforderung auch zugesandt werden.

Die 2. Änderung des Bebauungsplans mit Begründung wird zudem auf der Internet-Seite der Gemeinde Bunde unter „Ab dem 13.05.2017 in Kraft getretene Bauleitpläne“ veröffentlicht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans sowie nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Bunde, Kirchring 2, 26831 Bunde, unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch Festsetzungen eines Bebauungsplans oder seine Durchführung eintretenden Vermögensnachteile sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Bunde, den 29.03.2021

Gemeinde Bunde
Der Bürgermeister
Gerald Sap

Satzung zur 10. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Kindertagesstätte der Gemeinde Filsum

Aufgrund der §§ 10, 11 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NkomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. 2010, Seite 576) und des § 5 des Nds. Kommunalabgabengesetzes vom 23.01.2007 (Nds. GVBl. 2007, Seite 41), in der jeweils zurzeit gültigen Fassung, hat der Rat der Gemeinde Filsum in seiner Sitzung am 04.03.2021 folgende Änderungssatzung beschlossen:

§ 1

§ 2 Absatz a Satz 2 erhält folgende Fassung:

Die Höhe der monatlichen Gebühr beträgt:

Monatsbruttoeinkommen	Gebührenhöhe bei einer Betreuung von 08 – 13 Uhr
bis 1.800,- €	90,- €
1.800,- € bis 2.300,- €	120,- €
2.300,- € bis 2.800,- €	150,- €
2.800,- € bis 3.300,- €	180,- €
über 3.300,- €	210,- €

§ 2

§ 2 Absatz d erhält folgende Fassung:

Für die regelmäßige Inanspruchnahme der Sonderöffnungszeiten werden je ½ Stunde monatlich zusätzlich 15,- € erhoben.

§ 3

Die Satzung tritt am 01.09.2021 in Kraft.

Filsum, den 16.03.2021

Gemeinde Filsum

Bürgermeister
Bernhard Gathen

Gemeindedirektor
Johann Boelsen

Bekanntmachung des Jahresabschlusses 2016 der Samtgemeinde Hesel

Der Rat der Samtgemeinde Hesel hat in seiner Sitzung am 16. März 2021 den Jahresabschluss 2016 beschlossen.

Dem Samtgemeindebürgermeister wurde Entlastung nach § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 129 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NkomVG) erteilt.

Der Jahresabschluss 2016 der Samtgemeinde Hesel nebst seines Anhangs und seiner Anlagen sowie der